

## „Unsere industrielle Basis bröckelt“

Welt, 06.06.2024, Carsten Dierig

[https://www.welt.de/wirtschaft/plus251903300/Standortdebatte-Unsere-industrielle-Basis-broeckelt.html?sc\\_src=email\\_6009775&sc\\_lid=596949407&sc\\_uid=9b9AoAfTYB&sc\\_lid=2844&sc\\_cid=6009775&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.6009775&eh=94c824e22aa172ca1](https://www.welt.de/wirtschaft/plus251903300/Standortdebatte-Unsere-industrielle-Basis-broeckelt.html?sc_src=email_6009775&sc_lid=596949407&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=2844&sc_cid=6009775&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.6009775&eh=94c824e22aa172ca1)

Auf dem Unternehmertag in Düsseldorf kritisiert die Wirtschaft die Politik der Bundesregierung scharf. Sie wirft der Ampel vor, den Ernst der Lage nicht wirklich erkannt zu haben. Gefordert wird ein Bewusstseinswandel.

Wie die globale Finanzwelt auf Deutschland blickt, hat Bundesfinanzminister Christian Lindner kürzlich bei der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington erfahren müssen. „Der Vortrag der Vorsitzenden zum Thema ‚Globale Wachstumsschwäche‘ wurde eingeleitet mit einer Szene aus der Innenstadt von Berlin, genauer gesagt von der Friedrichstraße“, berichtet der FDP-Politiker beim Unternehmertag Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

Er habe das mit einem gewissen Humor genommen, versichert Lindner. Dass und wie sehr es ihn getroffen hat, zeigt indes der Vorsatz, den er sich nach eigener Aussage für das nächste IWF-Treffen vorgenommen hat: „Deutschland darf dann nicht mehr das Symbolbild für globale Wachstumsschwäche sein, sondern das Symbolbild für den Mut zu strukturellen Reformen.“

Arndt Kirchhoff würde sich genau das wünschen. Der Präsident von Unternehmer NRW sieht die Bundesregierung allerdings weit entfernt von diesem Mut. Zwar habe die Ampel vieles angekündigt. „Tatsächlich umgesetzt wurde aber nur wenig“, beklagt Kirchhoff, der gegenüber Lindner hart ins Gericht ging mit der Wirtschafts- und Standortpolitik der Ampel-Koalition. „Die vergangenen zwölf Monate können völlig zurecht als verlorenes Jahr bezeichnet werden.“

### *In der Energiepolitik fehlen verlässliche Perspektiven*

Das Wachstumschancengesetz sei zwar ein richtiges Signal gewesen, sagt Kirchhoff. „Es entfaltet aber bei weitem nicht die Strahlkraft, um einen grundlegenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel herbeizuführen.“ Bei der Umsetzung des Bürokratieentlastungsgesetzes wiederum würden einige Minister den Eindruck machen, als seien sie davon ausgenommen – Kirchhoff nannte hier zuvorderst Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und Umweltministerin Steffi Lemke. In der Energiepolitik schließlich fehlen dem Unternehmer zufolge weiterhin verlässliche Perspektiven für die Industrie.

„Nach wie vor sind die Energiepreise deutlich höher als vor der Energiekrise. Das ist für viele ein absoluter Investitions-Killer. Ich befürchte, dass alsbald einzelne Glieder in der Wertschöpfungskette reißen werden. Dann aber wird es manche Industriezweige in unserem Land nicht mehr geben.“ Und wenn man vor diesem Hintergrund sehe, welchen Verve die Bundesregierung dem neuen Cannabisgesetz gewidmet hat, dann ist das die falsche Prioritätensetzung. „Es gibt viel Stückwerk

und eben keine Politik, der man abnimmt, den Ernst der Lage wirklich erkannt zu haben.“

Kirchhoff ärgert sich dabei insbesondere über Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). „Von ihm hören wir nur, dass die Wirtschaft das Land schlecht redet. Das tun wir sicherlich nicht.“ Die Wahrheit sei vielmehr, dass Deutschland weltweit das einzige Industrieland ist, in dem die Wirtschaft schrumpft. „Unsere industrielle Basis bröckelt“, beschreibt Kirchhoff. „Ich mache mir große Sorgen.“ Zumal auch die grundsätzliche Verfassung des Landes schlecht sei. „Es rächt sich, dass jahrzehntelang zu wenig investiert und nur von der Substanz gelebt wurde: Brücken, Straßen, Autobahnen, Schienen, Wasserwege – alles wurde sträflich vernachlässigt.“ Gleichzeitig habe man aber den Sozialstaat immer weiter ausgebaut.

*„Die Kraft haben, sich den Realitäten zu stellen“*

Der Unternehmerpräsident fordert von der Bundesregierung einen Bewusstseinswandel mit der Erkenntnis, „was sich das Land leisten kann und was es überfordert“. Deutschland werde dabei um Einschnitte nicht herumkommen. „Wenn aber Sozialausgaben grundsätzlich als sakrosankt betrachtet und zugleich jeder Debattenbeitrag als sozialer Kahlschlag bezeichnet wird, dann wird der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland den Anschluss verlieren.“

Wer den Sozialstaat erhalten will, muss die Kraft haben, sich den Realitäten zu stellen.“ Die Politik müsse jetzt dringend entscheidende Weichen stellen, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken. „Die Unternehmen warten sehnsüchtig auf einen echten Impuls.“

Das gilt auch für Investoren aus dem Ausland. Das zeigt unter anderem das Beispiel Coca-Cola. Der US-Konzern ist nach eigenen Angaben seit fast 100 Jahren in Deutschland tätig, aktuell aber unzufrieden. „Wir sehen Handlungsbedarf“, sagt John Galvin, der Vorsitzende der Geschäftsführung von Coca-Cola Europacific Partners Deutschland. Das Unternehmen ist für die Abfüllung, den Verkauf und den Vertrieb von Coca-Cola-Produkten hierzulande verantwortlich.

„Wir produzieren, beschäftigen und investieren gerne hier. Zugleich stehen wir vor Herausforderungen wie einer steigenden Regulungsdichte, hohen Produktionskosten und Strompreisen sowie einem Fachkräftemangel“, sagt Galvin und fordert: „Deutschland muss deutlich mehr in Bildung und Forschung investieren und bürokratische Hürden nicht auf- sondern abbauen, damit Unternehmen hier auch in Zukunft erfolgreich sein können.“

Er wünsche sich von Deutschland mehr Mut, wieder stärker voranzugehen und die Weichen für Innovation und Fortschritt zu stellen. „Dazu gehört auch, dass die Politik stärker auf die Kompetenz von Unternehmen und Behörden vertraut und nicht alles im Detail regelt. Statt uns im bürokratischen Gegeneinander zu lähmen, könnten wir im pragmatischen Miteinander häufig bessere Lösungen finden.“

Die zunehmende staatliche Regulierung stelle die Flexibilität und Innovationskraft von Coca-Cola in Deutschland auf die Probe. „Wenn beispielsweise gesetzliche Regelungen derart kompliziert sind, dass sie von den zuständigen Behörden kaum

noch fachlich und zeitgerecht umgesetzt werden können oder wenn Verordnungen in den Bundesländern unterschiedlich ausgelegt werden.“

Viel Zuversicht konnte Finanzminister Lindner der besorgten Wirtschaft beim Unternehmertag derweil nicht vermitteln. Applaus gab es jedenfalls kaum. Zudem wurde dem FDP-Chef angelastet, dass er viele Sätze mit der Formulierung „Ich persönlich glaube“ angefangen hat.

Das deutete darauf hin, dass er viel über eigene Ansichten gesprochen hat und nicht über konsensfähige Pläne der Koalition, kam als Kritik aus dem Publikum, auch wenn dort manche Idee durchaus gut angekommen sein dürfte, sei es zur Energiepolitik, zu Steuern, einer vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags oder Anpassungen bei Sozialleistungen.

„Wir brauchen ein Update beim Bürgergeld“, sagte Lindner zum Beispiel. Viele hätten diese Hilfe missverstanden als eine Form des bedingungslosen Grundeinkommens. Angebotene Arbeit sei aber nicht so etwas wie eine unverbindliche Preisempfehlung, sondern ein Gebot der Solidarität. Gleichzeitig mahnt Lindner eine Veränderung im Mindset an. „Wir brauchen wieder die Bereitschaft zu Spitzenleistung.“ Und es brauche eine Wirtschaftswende.

Denn das Potenzial sei vorhanden in Deutschland. „Wir haben kluge Köpfe, wir haben privates Kapital, wir haben intellektuelles Eigentum, wir haben Knowhow – damit ist ein schneller Turnaround möglich.“ Durch angebotsseitige Reformen in Bereichen wie Arbeitsmarkt, Bürokratie, Steuern und Energie müsse es möglich sein, binnen zwei Jahren das Potenzial-Wachstum hierzulande deutlich zu steigern.